Wirtschaft

Bianca Werner

Wachstumsbeschleunigungsgesetz, Verlustabzugsbeschränkungsparagraph, Zinsschranke und Einführung einer grunderwerbsteuerlichen Konzernklausel

Eine kritische Würdigung

Diplomarbeit

GRIN

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT

- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit

- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops

- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen und kostenlos publizieren

GRIN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de/ abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2010 GRIN Verlag
ISBN: 9783656106449

Dieses Buch bei GRIN:

https://www.grin.com/document/187210

Bianca Werner

Wachstumsbeschleunigungsgesetz, Verlustabzugsbeschränkungsparagraph, Zinsschranke und Einführung einer grunderwerbsteuerlichen Konzernklausel

Eine kritische Würdigung

GRIN Verlag

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

http://www.grin.com/

http://www.facebook.com/grincom

http://www.twitter.com/grin_com

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis ..... **I**

Abbildungsverzeichnis ..... **III**

Tabellenverzeichnis ..... **IV**

Abkürzungsverzeichnis ..... **V**

1. Einleitung **1**

1.1 Problemstellung und Zielsetzung der Arbeit **2**
1.2 Aufbau der Arbeit **2**

2. Wachstumsbeschleunigungsgesetz **4**

2.1 Gründe zur Einführung **4**
2.2 Kosten der Einführung **5**

3. Einkommensteuer – Zinsschranke **7**

3.1 Voraussetzungen zur Anwendung **9**
3.1.1 Steuerliches EBITDA 10
3.1.2 Konzernzugehörigkeit 12
3.1.3 Eigenkapitalquote 13
3.1.4 Zinsvortrag 14
3.2 Gesellschafter-Fremdfinanzierung **15**
3.3 Zinsschranke zum 01.01.2010 ..... **19**
3.3.1 EBITDA-Vortrag und Zinsvortrag 20
3.3.2 Escape-Klausel 23
3.3.3 Beispiele 24
3.3.4 Kritik 27

4. Körperschaftsteuergesetz - Verlustabzugsbeschränkung **30**

4.1 Definitionen **31**
4.2 Voraussetzung zur Anwendung **32**
4.2.1 Quotaler Untergang des Verlustvortrags 34
4.2.2 Vollständiger Untergang des Verlustvortrags 35
4.3 Vergleichbare Sachverhalte **35**
4.4 Umfang des Untergangs **36**
4.5 Einführung der Sanierungsklausel **36**
4.5.1 Voraussetzung zur Anwendung 37
4.5.1.1 Arbeitsplatzregelungen 38
4.5.1.2 Einhaltung Lohnsumme 39
4.5.1.3 Zuführung von neuem Betriebsvermögen 40
4.5.2 Zeitlicher Anwendungsbereich 44
4.6 Sanierungsklausel zum 01.01.2010 ..... **44**
4.6.1 Beispiel 45
4.6.2 Kritik 47
4.6.3 Prüfung von der Europäischen Kommission 48
4.7 Konzernklausel zum 01.01.2010 ..... **49**
4.7.1 Voraussetzung zur Anwendung 50
4.7.2 Behandlung bei Kapitalerhöhung und -herabsetzung 52
4.7.3 Beispiel 53
4.7.4 „Eine Person“ im Sinne der Konzernklausel 54
4.7.5 Kritik 58
4.8 Verschonungsregel zum 01.01.2010 ..... **60**
4.8.1 Voraussetzung zur Anwendung 61
4.8.2 Allokation des Verschonungsvolumens 63
4.8.3 Rückwirkung der stillen Reserven 65

4.8.4 Beispiel ... 66
4.8.5 Kritik ... 67

5. Grunderwerbsteuer – Konzernklausel ... 69

5.1 Grunderwerbsteuerliche Konzernklausel zum 01.01.2010 ... 69
5.1.1 Umwandlungen und Rechtsvorgänge ... 70
5.1.2 Einbeziehung EU/EWR-Umwandlungen ... 72
5.1.3 Ein herrschendes Unternehmen und abhängige Gesellschaften ... 73
5.1.4 Abhängigkeitsbegriff ... 76
5.1.5 Konzernzugehörigkeitsfristen ... 80
5.2 Zeitlicher Anwendungsbereich ... 81
5.3 Beispiel ... 82
5.4 Kritik ... 84

6. Fazit ... 86

Anhang ... 88

Literaturverzeichnis ... 92

Rechtsquellenverzeichnis ... 96

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Gestaltung vor der Zinsschranke 7
Abbildung 2: Zweite mögliche Gestaltung vor der Zinsschranke 8
Abbildung 3: Anpassungen des Eigenkapitals und der Bilanzsumme 14
Abbildung 4: Nachgeschaltete Mitunternehmerschaft 17
Abbildung 5: Beispiele für Beteiligungsstränge 31
Abbildung 6: Beispiel für schädliche Anteilsübertragung 42
Abbildung 7: Beispiel für Anwendung der Sanierungsklausel 45
Abbildung 8: Anteilsübertragung ohne Wegfall des Verlustvortrags 51
Abbildung 9: Schädlicher Anteilserwerb 53
Abbildung 10: Personengesellschaften als „ Eine Person“ 55
Abbildung 11: Aktionärsgemeinschaft als „Eine Person“ 56
Abbildung 12: Konzernspitze agiert selbst 58
Abbildung 13: Beispiel zur Allokation der stillen Reserven 64
Abbildung 14: Beispiel zur grunderwerbsteuerlichen Konzernklausel 76
Abbildung 15: Beispiel zum Abhängigkeitsbegriff nach § 6a Satz 4 GrEStG 77
Abbildung 16: Beispiel zur Bestimmung der 95% Beteiligungsgrenze 79
Abbildung 17: Anwendungsbeispiel zur grunderwerbsteuerlichen Konzernklausel 82
Abbildung 18: Gesetzessystematik § 4h EStG 88
Abbildung 19: Verlustvortrag bei Verschmelzung einer GmbH 89
Abbildung 20: Beispiel Verschmelzung bei grunderwerbsteuerlichen Konzernklausel 90

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Saldierungseffekt beim fiktiven EBITDA-Vortrag 22
Tabelle 2: Fälle der Fortführung steuerlicher Verlustvorträge 61
Tabelle 3: Berechnung des maximal vortragsfähigen Verlustvortrags 63
Tabelle 4: Ermittlung berücksichtigungsfähiger Verlustvortrag 66

Abkürzungsverzeichnis

a.F.	alte Fassung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium der Finanzen
Bspw.	Beispielsweise
BürgEntlG-KV	Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung
bzw.	beziehungsweise
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
d.h.	das heißt
EStG	Einkommensteuergesetz
ff.	fort folgende
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GrEStG	Grunderwerbsteuergesetz
IFRS	International Financial Reporting Standards
i.H.d.	in Höhe des
i.S.v.	im Sinne von
KapG	Kapitalgesellschaft
KonzFrist	Konzernzugehörigkeitsfrist
KStG	Körperschaftsteuergesetz
kstl.	körperschaftsteuerliches
Mio.	Millionen
n.F.	neue Fassung
PersoGes	Personengesellschaft
PWC	Pricewaterhouse Coopers
sog.	sogenannt
St. Reserven	Stille Reserven
Tab.	Tabelle
u.E.	unter Einvernehmen
Vgl.	Vergleiche
VV	Verlustvortrag
WaBeschG	Wachstumsbeschleunigungsgesetz
z.B.	zum Beispiel
ZV	Zinsvortrag

1. Einleitung

Die im Juni 2007 begonnene weltweit herrschende Finanz- und Wirtschaftskrise, ist durch die Schieflage zweier Hedge Fonds in Amerika begründet worden. Erste Auswirkungen konnte man in Deutschland im Juni/Juli 2008, insbesondere durch die sog. „Lehman Brothers"-Pleite realisieren. Die Bankenpleite in Amerika führte dazu, dass auch deutsche Banken in Schwierigkeiten gerieten, da diese finanzielle Mittel in größerem Umfang in amerikanische Banken investiert hatten. Daraufhin haben deutsche Banken die amerikanischen Papiere abschreiben müssen, wodurch ihre Bilanzen enorme Verluste auswiesen. Da das Eigenkapital der Banken hierdurch geschmälert wurde, mussten sie sich neues, entweder durch Staatsbürgschaften oder mittels günstigen Krediten, aufgrund niedriger Leitzinsen von der EZB beschaffen. Die Banken gaben aber dieses aufgrund des Vertrauensverlustes nicht mehr in Form von Krediten an die Unternehmen weiter. Hierdurch bekamen die Unternehmen keine liquiden Mittel mehr und wurden damit in ihrer Geschäftstätigkeit stark eingeschränkt. Dies führte bereits im zweiten Quartal 2008 zu einem starken Rückgang des Bruttoinlandsproduktes. Zu diesem Zeitpunkt war bereits sichtbar, dass es zu einer massiven Rezession der Wirtschaft kommen wird.[1] Das Bild setzte sich weiter fort und der Rückgang des durchschnittlichen realen BIP mit -4,9% für das Jahr 2009 erreichte seinen höchsten Tiefpunkt seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.[2] In Bezug auf den starken Rückgang der Umsätze mussten die Unternehmen, die dadurch fehlende Liquidität anderweitig besorgen. Nachdem das Eigenkapital der Unternehmen im Laufe der Krise aufgezehrt wurde, musste nun Fremdkapital aufgenommen werden.[3] Dies ist aber aufgrund der Einführung von Basel II im Januar 2007 problematischer geworden, da die Banken nur noch auf Grundlage von Rating-Verfahren Kredite vergeben. Als Kriterium für die Kreditvergabe sind vor allem die Eigenkapitalquote und die Liquidität des jeweiligen Unternehmens ausschlaggebend. Daher ist es für Unternehmen in der Krise schwieriger geworden, Kredite überhaupt zu erhalten oder wenn doch nur unter schlechteren Konditionen als zuvor.[4] Die Unternehmen waren aber auf Liquidität in der Krise angewiesen um ihre Lieferanten bezahlen zu können und die benötigte Ware zu erhalten, da diese

---

[1] Vgl. Esterhazy, Yvonne / Fischer, Malte: In einem Boot, in: WirtschaftsWoche, Nr. 40, Düsseldorf 2008, S. 22.

[2] Vgl. BMF: Monatsbericht Juli 2010, Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht, http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_100748/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Monatsbericht__des__BMF/2010/07/uebersichten-und-termine/ut4-konjunkturentwicklung-aus-finanzpolitischer-sicht/node.html?__nnn=true, aufgerufen am 26.09.2010.

[3] Vgl. Ramthun, Christian: Kapitaler Mangel, in: WirtschaftsWoche, Nr. 49, Düsseldorf 2009, S. 20f.

[4] Vgl. Sachs, Alexander, (Hrsg.) Rhein-Ruhr-Institut für angewandte Mittelstandsforschung (RIFAM) Schauf, Malcolm / Schnittmann, Jens M.: Bankkreditalternative Finanzierungsformen für kleine und mittlere Unternehmen, in: Schriften zur angewandten Mittelstandsforschung, Nr. 5, Mehring 2009, S. 1.